

*John P. Neelsen*

## **Indien: eigenständiger Akteur und/oder Gegengewicht zu China?**

### **Zeitenwende: Demokratie vs. Autoritarismus?**

Aus Sicht der Regierungen und Medien des kollektiven Westens, so Deutschlands, EU-Europas, Englands und nicht zuletzt der USA, erlebt die Völkergemeinschaft angesichts des Konflikts in der Ukraine eine Zeitenwende. Folgt man ihnen, ist der Krieg nach 75 Jahren Frieden nach Europa zurückgekehrt, hat ein imperialistisches aggressives Russland grundlos und überraschend die demokratische Ukraine überfallen. Dem Opfer muss deshalb mit allen, insbesondere militärischen Mitteln, inkl. schwerer Waffen, Drohnen und Echtzeitvideoaufklärung, beigestanden werden. Schließlich verteidigt es unsere Freiheit und unsere Werte, ist Bollwerk zum Schutz unserer eigenen bedrohten Sicherheit. Deshalb muss Russland besiegt, letztlich ein Regime Change herbeigeführt werden. Denn qua seines autoritär-diktatorischen Systems ist seine Außenpolitik unberechenbar, ja bellizistisch, gelten seiner Führung Frieden, Menschen- und Völkerrecht wenig. Deshalb muss ihr die wirtschaftliche Fähigkeit zur Kriegsführung als Nuklear- und Weltmacht grundsätzlich genommen werden.

Geht man davon aus, dass Russlands Intervention in der Ukraine typisch institutionell-politische Ursachen hat, repräsentiert der dortige vordergründig europäisch-regionale Krieg realiter einen Systemkonflikt zwischen Demokratie und Autoritarismus auf Weltebene. Implizit wird damit das internationale Staatensystem in zwei gegnerische Blöcke eingeteilt, wobei die Regierungen aller bürgerlich demokratischen Staaten aufgerufen sind, sich hinter den kollektiven Westen und seine Führungsmacht USA in diese unser Jahrhundert prägende Frontstellung einzureihen. Entsprechend wurde von Präsident Biden im Dezember 2021 in Washington die 1. Gipfelkonferenz der Demokratien einberufen. In diesen Tagen findet die gemeinsam von den USA, den Niederlanden, Süd-Korea und Sambia virtuell ausgerichtete Nachfolgekonzferenz statt.<sup>1</sup>

Umworben wird besonders Indien, zunächst aus wirtschaftlichen und politischen Gründen. Handelt es sich doch um die sechstgrößte Volkswirtschaft, zentrales Schwellenland aus dem globalen Süden und mit 1.4 Mrd. Menschen nicht nur das bevölkerungsreichste Land, sondern die größte Demokratie, die sich seit seiner Unabhängigkeit 1947 in 17, mit hoher Beteiligung durchgeführten Parlamentswahlen bewährt hat. Hinzu kommen zentrale geopolitisch-strategische Überlegungen. Liegt Indien doch in unmittelbarer Nachbarschaft zu den global

---

<sup>1</sup> <https://www.state.gov/summit-for-democracy/> und <https://www.whitehouse.gov/briefing-room/state-ments-releases/2022/11/29/joint-statement-between-costa-rica-the-netherlands-the-republic-of-korea-the-republic-of-zambia-and-the-united-states-on-the-announcement-of-the-second-summit-for-democracy/>.

wichtigsten maritimen Handelsrouten und energetischen Lebensadern zwischen Europa, Afrika, den Ölländern des Arabischen Meers und Asien, dem sich formierenden neuen weltwirtschaftlichen Gravitationszentrum. Schließlich grenzt es unmittelbar an die Volksrepublik China (VRC), wirtschaftlich und machtpolitisch ambitionierter Aspirant auf Hegemonie und Hauptvertreter autoritärer Herrschaft. Grenzkonflikte und politökonomische Konkurrenz zwischen diesen beiden wichtigsten Repräsentanten des globalen Südens und zukünftig bedeutungsvollsten Volkswirtschaften machen aus westlicher Sicht die Einbeziehung Indiens als natürlichen Partner und geopolitischen Vorposten in die globale Phalanx der wehrhaften Demokratien besonders erstrebenswert.

Doch obwohl Teilnehmer am Demokratiegipfel in Washington, Gast beim G7-Treffen 2022 unter Vorsitz Deutschlands und trotz persönlicher Besuche und bilateraler Gespräche auf höchster Ebene, inkl. des Bundeskanzlers und der EU-Kommissionspräsidentin: Mit Premier Modi verweigert sich Neu-Delhi bisher einer Verurteilung, geschweige denn einer Sanktionierung Russlands, so bei UN-Abstimmungen zur Ukraine oder beim G20-Treffen in Bali im Herbst 2022 und jüngst beim unter indischem Vorsitz abgehaltenen Treffen der Außenminister der G20 in New Delhi.<sup>2</sup>

Warum weigert sich Neu-Delhi, der Allianz der Demokratien beizutreten? Was sind die Ursachen und entscheidenden Parameter seiner ambivalenten Außen- und Sicherheitspolitik? Um die Antwort vorwegzunehmen: Eine Politik strategischer Partnerschaften nach allen Seiten liegt in Delhis oberstem nationalen Interesse. Es stellt die beste sicherheitspolitische Option im Verbund mit einer äußerst profitablen wirtschaftlichen Perspektive dar. Es fördert zugleich die generelle Entwicklung hin zu einer multipolaren Ordnung, in der Indien nicht nur seine eigenen Großmachtambitionen verwirklichen kann, sondern die auch – anders als die bestehende, vom Westen machtpolitisch und ökonomisch-neoliberal dominierte – eine gerechtere und friedlichere geopolitische Ordnung verspricht.

## **Hintergründe und Zentralaspekte der indischen Außenpolitik**

### **Indiens Verhältnis zu Russland**

Indien unterhält traditionell intensive wirtschaftliche, politische und militärische Beziehungen zu Russland bzw. zur seinerzeitigen Sowjetunion. So bezieht es trotz jüngster Diversifizierung bei Importen aus Israel oder Frankreich weiterhin von dort den größten Teil seiner Rüstungsgüter: gegenwärtig S-400-Flugabwehrsysteme, Atom-U-Boote, Tarnkappen-Fregatten und Kampffjets. Hinzu kommt eine historisch enge Zusammenarbeit im energetisch-nuklearen Bereich.

---

<sup>2</sup> Unter dem Motto „One Earth, One Family, One Future“ wird das Treffen der Regierungschefs der G20 am 9./10. September in New-Delhi, Hauptstadt des Konferenzvorsitzenden 2022/2023, organisiert. <https://www.g20.org/en/g20-india-2023/new-delhi-summit/> vgl. auch speziell Absätze 3, 4 des ‚Chair’s Summary and Outcome Document‘ der Aussenministerkonferenz am 1./2. März 2023 in Neu-Delhi, identisch mit der Bali-Erklärung vom Herbst 2022. [https://www.g20.org/content/dam/gtwenty/gtwenty\\_new/document/FMM\\_OUTCOME\\_DOC.pdf](https://www.g20.org/content/dam/gtwenty/gtwenty_new/document/FMM_OUTCOME_DOC.pdf).

Aktuell profitiert es zudem besonders von den völkerrechtswidrigen Sanktionen des Westens gegen russische Energieexporte. Während diese weltweit zu drastisch erhöhten, für viele Länder des globalen Südens unerschwinglichen Energiepreisen im Verbund mit Inflation und steigender Verschuldung geführt haben, profitiert Indien von billigen Rohölimporten aus Russland. Angesichts unzureichender eigener Vorkommen ist es für seine wirtschaftliche Entwicklung und Verbesserung des Lebensstandards seiner Bevölkerung angesichts eines durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommens von 2.300 \$<sup>3</sup> auf den Import von Energieträgern, seinem wichtigsten Außenhandelsposten, angewiesen. So wurde ohne Belastung der Außenhandelsbilanz der Anteil der Energieimporte aus Russland von 0,2 auf 28 % erhöht, zudem ein Teil der vor Ort raffinierten Produkte gewinnbringend – u.a. in die EU – vermarktet. Gleichzeitig wurde die Inflation begrenzt, das Wirtschaftswachstum 2022 auf 6,8 % im Vergleich zu 2,1 % in den USA und 1,8 % in Deutschland beflügelt. Ähnlich lauten die Prognosen für 2023 mit 5,9 % für Indien, 1,6 % für die USA und -0,1 % für die BRD.<sup>4</sup> Das Wahlversprechen Modis von 2019, bis 2024 das Bruttoinlandsprodukt zu verdoppeln, erscheint nach dem Covid-bedingten Einbruch wieder erreichbar.

### Gefährvolle Nachbarschaft – Pakistan und China

Auch geopolitisch spielt das Verhältnis zu Russland in der Strategie Neu-Delhis eine zentrale Rolle. Es gilt, eine zu enge Bindung Moskaus an China aus wirtschaftlichen und vor allem sicherheitspolitischen Gründen zu verhindern. Dabei hatte die Erfahrung europäischer kolonial-rassistischer Ausbeutung, gepaart mit wirtschaftlichem Niedergang und millionenfachen Opfern zu Zeiten des Kalten Krieges, beide Regierungen (die Indiens und der VRC) zu führenden Vertretern der Blockfreienbewegung gemacht. Sie überstanden Differenzen um Tibet, den Dalai Lama und selbst militärische Konflikte um Grenzverläufe. Verließ die wirtschaftliche Entwicklung beider Länder noch bis Ende der 1980er Jahre parallel, fiel Indien seitdem auf heute ein Fünftel der chinesischen Wirtschaftsleistung zurück. Verantwortlich waren die 1978 eingeleitete Öffnungspolitik Chinas und noch mehr die Belt-and-Road-Initiative (BRI) seit 2013. Insbesondere die maritime, vom Pazifik in den Indischen Ozean zu den Küsten der bis nach Afrika verlaufende Seidenstraße mit befürchteten Dual-Use-Stützpunkten in Myanmar, Sri Lanka und Pakistan hat in Neu-Delhi ein Gefühl der Einkreisung hervorgerufen. Nicht nur erscheint Indien die Rolle als regionale Ordnungsmacht angesichts wachsender politischer Spielräume der kleineren Anrainerstaaten gefährdet. Die traditionell enge politisch-militärische Partnerschaft Beijings mit Indiens ‚Todfeind‘ Pakistan, kristallisiert im durch Kaschmir und das Karakorum bis zum Hafen Gwadar verlaufenden China-Pakistan-Economic-Corridor, weckt in Delhi die Furcht vor einer existentiellen Bedrohung. Wiederholte Attentate von aus Pakistan operierenden Gruppen und blutige Konfrontationen mit chinesischen Truppen

---

<sup>3</sup> Zum Vergleich USA 68.000 oder Deutschland 49.000 \$ <https://data.worldbank.org/indicator/NY.GDP.PCAP.CD?locations=IN>.

<sup>4</sup> A Rocky Recovery, IMF World Economic Outlook, April 2023 (imf.org).

im Himalaya bestätigen sie und verstärken die Suche nach Auswegen aus seiner strategischen Verwundbarkeit.<sup>5</sup>

## Suche nach Sicherheit mit dem Westen

Als Antwort wurden die Wirtschaftsbeziehungen zu den USA zu Lasten der Volksrepublik, seines bis dahin wichtigsten Handelspartners, ausgedehnt. Mehr noch wurden chinesische Investitionen und Unternehmen staatlich eingeschränkt, wenn nicht ganz ausgesetzt. Zudem erwartet man, von den Spannungen im Verhältnis zwischen dem kollektiven Westen und China zu profitieren. Man hofft auf die erhöhte Investitionstätigkeit und Relokalisierung US-amerikanischer, neuerdings auch europäischer Konzerne aus dem Reich der Mitte nach Indien und damit eine Dynamisierung der einheimischen industriellen Produktion (Initiative ‚Make in India‘). Auch die militärische Zusammenarbeit wird verstärkt, so die mit den USA im strategisch-politischen Kontext des ‚Free and Open Indo-Pacific‘ (FOIP). 2016 wurde Indien in den Status eines ‚Major Defense Partners‘, 2018 weiter in die oberste Kategorie der ‚Strategic Trade Authorization‘ erhoben, was ihm einen lizenzfreien breiten Einkauf von US-Rüstungsgütern erlaubt. Hinzu kommen Verteidigungsabkommen u.a. im Bereich Logistik oder Satelliten-aufklärung zwecks vertiefter Kooperation und verbesserter Interoperabilität.<sup>6</sup> Mehr noch wurde seit 2017 der 2007 mit anti-chinesischer Stoßrichtung initiierte ‚Quadrilateral Security Dialogue‘, kurz QUAD, mit Australien, Japan und den USA, mit regelmäßigen gemeinsamen Flottenmanövern im Indischen und West-Pazifischen Ozean ausgebaut. Das Abschlusscommuniqué des QUAD-Gipfels in Neu-Delhi Mitte 2022 greift explizit Konzept und Forderungen vom „freien und offenen Indo-Pazifik“ und der regelbasierten Ordnung auf. Zumindest implizit gegen China richten sich die Referenzen zum süd- und ostchinesischen Meer mit ihren umstrittenen, besonders den von Beijing beanspruchten, teilweise besetzten und zu militärischen Zwecken ausgebauten Spratly- und Paracel-Inseln. Die historischen Ansprüche Chinas, inkl. Taipehs, und seine sicherheitspolitisch-defensive Perspektive angesichts eines geographisch-strategisch prekären mangelnden Zugangs zur hohen See im Verein mit atomwaffenbestückten US-Basen in einem zunehmend gegnerischen Umfeld aus Japan, Taiwan und Süd-Korea, finden kein Gehör. Eher im Gegenteil wird die Furcht Delhis vor einer militärischen und wirtschaftlichen Stärkung Chinas als Bedrohung seiner eigenen Sicherheit und Entwicklung als zukünftiger Großmacht verschärft.

## Zeitenwende: Emanzipation der Dritten Welt

Gleichwohl dürfte Indien auch längerfristig kein Alliiertes des Westens werden. Die vom Westen reklamierte ‚werteorientierte‘ Außenpolitik wird in Neu-Delhi

<sup>5</sup> Vgl. dazu im Einzelnen den Sammelband „Indien – Regionaler Akteur oder doch Global Player?“, Bd. 1-2023, Hg. Alma Mater Theresiana, Wien. Darin besonders N. Lacher, Die Außen- und Sicherheitspolitik der Republik Indien, S. 7–30, sowie N. Scholik, Die geopolitische Dimension Indo-Pazifik, S. 145–171.

<sup>6</sup> <https://www.state.gov/u-s-security-cooperation-with-india/>.

wie von weiten Teilen des globalen Südens angesichts der langen Tradition von Kolonialismus, Imperialismus, Missachtung von UNO und Grundprinzipien des Völkerrechts, exterritorialer Jurisdiktion, Politik von Regimechange und gewalt-samer Intervention, wie zuletzt in Jugoslawien, Irak und Libyen, als unglaublich angesehen. In Wahrheit gehe es dem kollektiven Westen und seiner Führungsmacht USA um die Aufrechterhaltung seiner bedrohten weltweiten Hegemonie, inkl. der neoliberalen Wirtschaftsordnung. Demgegenüber sieht sich Indien als Mitglied der sich formierenden politökonomischen Emanzipationsbewegung des globalen Südens, die für eine multipolare gerechtere völkerrechtsbasierte Ordnung kämpft. So gehört es seit 2009 mit Brasilien, Russland und China zu den Gründungsmitgliedern der BRIC, die 2011 um Südafrika zu den BRICS als Ausweis ihrer trikontinentalen Provenienz erweitert wurde. Mit einem globalen Anteil von 40 % der Bevölkerung, 25 % des Sozialprodukts, 50 % des Wachstums und wichtigster Handelspartner weltweit stellen sie ein Gegengewicht zum kollektiven Westen und den von ihm dominierten Weltwirtschaftsinstitutionen dar. Sie fordern eine Stärkung und gleichzeitig grundlegende Reform der Global Governance-Institutionen, angefangen bei der UNO und dem Sicherheitsrat bis hin zu Welthandelsorganisation (WTO) und Internationalem Währungsfonds (IWF).<sup>7</sup> Daneben wurden potenziell alternative finanzwirtschaftliche Institutionen ins Leben gerufen. Fungieren die Bretton-Woods-Institutionen Weltbank (WB) und IMF wie eine privatkapitalistische Aktiengesellschaft mit Stimmrechten nach Höhe der Einlagen, inkl. Vetorecht des größten Anteilseigners, den USA mit 15 %, basieren die New Development Bank (NDB) und das Contingency Reserve Agreement (CRA) der BRICS auf absoluter Gleichheit und ohne Vetorechte. Mehr noch, vergeben die einen Kredite auf Basis polit-ökonomischer neoliberaler Auflagen wie Abbau der Staatsausgaben, Privatisierung, Exportorientierung (Structural Adjustment Programs), sind die der NDB allein an Wirtschaftlichkeit orientiert. Langfristig zielt man auf die Rolle des Dollar als Leit-, Reserve- und internationales Zahlungsmittel, inkl. des auf ihm basierenden Finanztransfersystems SWIFT. Die westliche Sanktionspolitik zusammen mit der jüngsten faktischen Enteignung ausländischer russischer Privatvermögen und Staatsgelder hat den Prozess der Dedollarisierung im bilateralen Warenaustausch zu Gunsten eigener Währung bzw. Gold, so zwischen Russland, China, Iran, Indien und Saudi-Arabien, beschleunigt.<sup>8</sup> Im Rahmen der jüngsten 14. Gipfelkonferenz wurde die prinzipielle Erweiterung der BRICS beschlossen. Neun Staaten, nämlich Argentinien, Ägypten, Saudi-Arabien, Nigeria und der Senegal, dazu Thailand und Indonesien waren bereits zu den Außenminister-Treffen eingeladen. Dies wie das Thema der Konferenz „Foster High-Quality Partnership, Usher in a New Era for Global Development“ verdeutlicht, dass sich mit den BRICS ein Forum des globalen Südens mit einer alternativen Agenda gegen die macht- und wirtschaftspolitisch-hegemoniale

---

<sup>7</sup> Summit Declaration – XIV BRICS Summit, Beijing 23/24, June 2022 [https://www.fmprc.gov.cn/eng/zxxx\\_662805/202206/t20220623\\_10709037.html](https://www.fmprc.gov.cn/eng/zxxx_662805/202206/t20220623_10709037.html).

<sup>8</sup> <https://www.contrepoints.org/2023/01/25/449134-2023-fin-de-lhegemonie-du-dollar-americain> bzw. <https://www.lescahiersdelactualite.be/vers-une-dedollarisation-des-echanges-internationaux>.

Vorherrschaft des Westens formiert. Eine auf Gleichheit und Völkerrecht gegründete Ordnung basierend auf Zusammenarbeit, wechselseitigem Vorteil und Nicht-Intervention gilt es zu errichten. Feste, insbesondere militärische, Bündnisse werden demgegenüber wegen ihrer impliziten konfrontativen Frontbildung abgelehnt, multilaterale Plattformen favorisiert.

Seit 2017 ist Indien zusammen mit Pakistan Vollmitglied in der 2001 gegründeten *Shanghai Organisation für Zusammenarbeit (SOZ)*, der neben erneut China und Russland die zentralasiatischen Republiken Kasachstan, Kirgistan, Usbekistan und Tadschikistan angehören. Ab 2023 ist auch der Iran Vollmitglied, eine Herausforderung für den Westen und indikativ für die geopolitische Ausrichtung der SOZ. Beobachterstatus haben u.a. Afghanistan und Belarus, zu „Dialogpartnern“ zählen neben weiteren asiatischen Staaten die Türkei, Armenien und Aserbaidschan. Zeichen sich verlagernder geopolitischer Kräfteverhältnisse zu Ungunsten des Westens sind die jüngsten Aufnahmeanträge Ägyptens, Katars und Saudi-Arabiens.

Schwerpunkte der SOZ sind vertiefte Zusammenarbeit in Politik, Wirtschaft, inkl. Umwelt, Energie und Infrastruktur, sowie Sicherheit. Hervorgegangen aus den „Shanghai Five“ von 1996 (damals noch ohne Usbekistan) zur friedlichen Beilegung von Grenzkonflikten, haben militärische Kooperation und Koordination in Sicherheitsfragen von Anfang an bei der SOZ eine wichtige Rolle gespielt. Neben regelmäßigen gemeinsamen Manövern ist seit 2004 eine ständige ‚Regional Anti-Terrorist Structure‘ (RATS) mit Sitz in Taschkent mit der Bekämpfung von Terrorismus, Extremismus und Separatismus betraut.

Resümee: In der aktuellen geopolitischen Konstellation sichert die Politik des Multi-Alignment mit Öffnung nach allen Seiten Indien maximale strategische Autonomie und zugleich optimale wirtschaftliche Entwicklungschancen entsprechend national definierter politökonomischer Imperative. Zugleich trägt es positiv zu einer Transition der aktuell umkämpften US-amerikanischen Hegemonie zu einem polyzentrischen Weltsystem mit austariertem geopolitischem Kräftegleichgewicht und zu einer potenziell friedlicheren, zugleich auf die zentralen Menschheitsfragen von Umwelt und Entwicklung konzentrierten Problemlösungskapazität bei.